



... ist gar nicht so leicht,
wie es aussieht:
Nach der Jugendhilfe auf
eigenen Beinen stehen.

Careleaver sind ehemalige Pflege- und Heimkinder, die am Jugendhilfeende – zumeist ab 18 Jahren – vor der Verselbstständigung stehen.



Careleaver gehen voraus! Interview mit einem Careleaver

Interview mit Robin (zum Schutz der Persönlichkeit wird hier nur der Vorname angegeben). Robin ist 23 Jahre alt, er studiert Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt „Erziehungshilfen / Kinder- und Jugendhilfe“ und arbeitet nebenbei in einer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung.

Astrid Staudinger: Robin, Du bist Careleaver, d.h. Du hast eine Zeit Deines Lebens in der Jugendhilfe verbracht. Kannst Du etwas über Dich heute und über Deine Jugendhilfeerfahrung erzählen? Was waren für Dich z.B. die schönen, die hilfreichen, was waren die unangenehmen Aspekte der Unterbringung? Also, wo hat Dir die Jugendhilfe etwas gebracht?

Robin: Ich hatte eine sehr abwechslungsreiche Jugendhilfekarriere. Ich habe kurzzeitig in zwei Pflegefamilien gelebt und zum Schluss in einer Einrichtung gewohnt. Die ersten Jahre meines Lebens habe ich gemeinsam mit meinen Eltern verbracht. Als sich meine Eltern trennten, bin ich mit meiner Mutter nach Hamburg gezogen. Nach einem Jahr lebte ich bei meinem Vater in Darmstadt. Mit neun Jahren lebte ich zum ersten Mal bei einer Pflegefamilie in Darmstadt. Eineinhalb Jahre später zog ich wieder zu meinen Eltern, die mittlerweile wieder zusammen waren, nach Marburg. Ein Jahr später musste ich meine Familie wieder verlassen. Das Jugendamt übergab mich einer Pflegefamilie, die mich übergangsweise aufnahm. Ein halbes Jahr später wechselte ich in eine Wohngruppe. Dort lebte ich bis zu meinem 16. Geburtstag. Mit 16 Jahren zog ich in die Wohnung nebenan, die zur Verselbstständigung zur Verfügung stand. Mit 18 Jahren endete meine Jugendhilfemaßnahme und ich zog in eine eigene Wohnung. Trotz der vielen Strapazen bin ich froh, zwei Pflegefamilien kennengelernt zu haben, die sich liebevoll um mich kümmerten, obwohl vorneherein feststand, dass ich nur kurzfristig bei ihnen unterkommen werde. Ich bin auch froh, vielen Erzieherinnen und Erziehern begegnet zu sein, die mich einen Teil meiner Jugend begleiteten. Es waren wirklich viele, sodass ich sie nicht einmal mehr aufzählen kann. Das ist einer der unangenehmen Aspekte: Erzieherinnen und Erzieher arbeiten heutzutage im Schnitt weniger als drei Jahre in einer Wohngruppe. Diese Fluktuation sorgt leider dafür, dass Beziehungen zwischen Kindern und ihren Erzieherinnen und Erziehern nicht von Dauer sind und sich Kinder schwer tun, sich auf neue Erzieherinnen und Erzieher einzulassen. Ich hatte zwei Erzieherinnen, die mich durchgehend begleiteten. Dieses Glück haben leider nicht alle Kinder und Jugendlichen, die in einer Einrichtung wohnen. Mit meinen Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern habe ich mich meistens gut verstanden.

Die Probleme meiner Mitbewohnerinnen und Mitbewohner beschäftigten mich oft. Das ist auch einer der unangenehmen Aspekte. Unsere Vergangenheit schweißt uns zusammen, aber manchmal ist es auch belastend, wenn acht Kinder und Jugendliche in einer Wohngruppe leben, jedes Kind und jeder Jugendliche mit eigenen Problemen zu kämpfen hat und man versuchen muss, miteinander auszukommen. Trotzdem bin ich rückblickend froh, dass mich die Jugendhilfe aufgefangen hat. Das Kinder- und Jugendhilfesystem in Deutschland kann verbessert werden, ist aber meines Erachtens ein gutes Vorzeigebispiel für andere Länder, die noch mit ganz anderen Problemen zu kämpfen haben. Dennoch gibt es einen Punkt, weshalb ich auch am Anfang meine verschiedenen Stationen aufgezählt habe, der geändert werden muss. Die Jugendämter sind in mehreren Städten auf meine Eltern aufmerksam geworden. In Gießen, Hamburg, Darmstadt und Marburg standen die jeweiligen Jugendämter vor unserer Tür. Meiner Meinung nach kann es nicht sein, dass aus Datenschutzgründen Jugendämter nicht ohne Weiteres Informationen an andere Jugendämter weiterleiten können. Hätte das Jugendamt in Hamburg schon Zugriff auf unsere Akte beim Jugendamt Gießen gehabt, wäre mir wahrscheinlich einiges erspart geblieben. Es muss eine bundesweite Datenbank geben, wo Fälle von Kindeswohlgefährdungen hinterlegt werden, sodass Jugendämter rechtzeitig intervenieren können. Solch eine Datenbank mag aus Sicht von Kritikerinnen und Kritikern ein Schritt in Richtung Kontrollstaat sein. Für mich ist es ein Schritt in Richtung besserer Kinderschutz.

Astrid Staudinger: Wir haben uns ja über das Careleaver Kompetenznetz kennengelernt, Du bist aber seit Jahren in unterschiedlichen Zusammenhängen in Sachen Careleaver aktiv: Was machst Du alles, und was bedeutet dieses Engagement mit Careleavern und für Careleaver für Dich?

Robin: Mit Careleavern beschäftige ich mich erst seit Anfang dieses Jahres. Ich habe letztes Jahr während einer Tagung ein Vorstandsmitglied des Careleaver e.V. kennengelernt. Der Verein und seine Arbeit haben mich sofort interessiert. Ich habe erfahren, wie schwierig es ist, den Übergang von der Jugendhilfe in die Selbstständigkeit zu meistern. Mit 18 Jahren wurde meine Jugendhilfemaßnahme beendet. Ich war zu dem Zeitpunkt in der 11. Klasse. Ich hatte noch zwei Jahre vor mir. Schüler-BAföG stand mir nicht zu, da es hieß, dass ich auch zu meinem Vater nach Halle ziehen könne. Das war natürlich keine Option für mich. Also beantragte ich ALG II. Bei der Agentur für Arbeit hieß es, dass sie eigentlich nicht für mich zuständig seien und ich mit einem Realschulabschluss erst einmal eine Ausbildung machen könne. In diesem Moment wurde mir klar, dass es auch in einem Land wie Deutschland möglich ist, durchs Raster zu fallen. Die Agentur für Arbeit war aber „kulant“ und bewilligte den Antrag auf ALG II. Meine Erfahrung ist der Grund, weshalb ich mich über die Jugendhilfemaßnahme hinaus in diesem Bereich engagiere. Seit diesem Jahr bin ich Mitglied im Careleaver e.V. Gemeinsam mit zwei Kolleginnen habe ich die Regionalgruppe Stuttgart gegründet. Wir möchten in Stuttgart und Umgebung Careleaver vernetzen und den Careleaver e.V. in seiner Arbeit unterstützen.

Astrid Staudinger: Du warst ja auch im Landesheimrat Hessen. Wie kamst Du dazu und was habt Ihr da gemeinsam alles bewegt?

Robin: In Hessen wird vergleichsweise viel Wert auf Partizipation in Einrichtungen gelegt. Die meisten Einrichtungen haben Heimräte, die sich für die Interessen der Kinder und Jugendlichen in ihrer Einrichtung einsetzen. Das Hessische Sozialministerium unterstützt die Partizipationsarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe und lädt einmal im Jahr zur Vollversammlung des Landesheimrats Hessen

ein. In Ronneburg treffen sich Jugendliche aus den hessischen Heimräten, tauschen sich aus und wählen am Ende der Tagung den Landesheimrat Hessen. Ich war von 2007 bis 2012 im Heimrat des St.-Elisabeth-Vereins. 2010 stellte ich mich für den Landesheimrat Hessen auf und wurde in den zwei Jahren danach wiedergewählt. Wir nahmen an Fachtagungen teil und standen in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen, den Jugendämtern und den Wohlfahrtsverbänden. Wir haben uns mit allen Anliegen der Kinder und Jugendlichen auseinandergesetzt. Die Heranziehung hat uns die ganzen Jahre über begleitet und ist auch heute noch Thema im Landesheimrat Hessen. Natürlich war es schwierig, dieses Thema anzugehen, da die Heranziehung bundesweit verankert ist. Wir standen in Kontakt mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff und der ehemaligen Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder. Leider wussten wir zu dem Zeitpunkt nicht, dass sie vor uns ihr Amt niederlegen würden.

Astrid Staudinger: Die Gründung von Heimräten ist in Deutschland noch die Ausnahme in stationären Einrichtungen. Was denkst Du, woran das liegen könnte? Interessieren sich die Jugendlichen zu wenig für ihre Belange, wollen die Einrichtungen keine Heimräte? Mitbestimmung kann ja auch anders ermöglicht werden ...

Robin: Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. So steht es in § 8 Abs. 1 SGB VIII. Ich habe viele Einrichtungen kennengelernt, die diesen Satz unterschreiben würden. Partizipation muss möglich gemacht werden, die Frage ist nur wie? Schon alleine das Wort „Partizipation“ lässt viel Spielraum übrig. Partizipation kann mit Teilnahme, Mitsprache oder Mitbestimmung übersetzt werden. Das sind alles drei Formen von Partizipation, aber sie unterscheiden sich in ihren Auswirkungen. Das spiegelt sich auch in den Einrichtungen wieder. Der Beschwerdebriefkasten, der eingestaubt am Eingang als Paradebeispiel für Partizipation hängt, ist meines Erachtens verschwendetes Geld. Eine schriftliche Beschwerde einreichen zu können, hört sich im ersten Moment gut an, doch ist damit auch viel Aufwand verbunden. Kinder und Jugendliche benötigen den direkten Weg, sie benötigen Erzieherinnen und Erzieher, die ihnen zuhören und sich in ihre Lage versetzen. Kinder und Jugendliche möchten ernstgenommen werden und sie brauchen das Gefühl, ihre Situation beeinflussen zu können. Teilnahme und Mitsprache hört sich gut an, aber macht Partizipation für Kinder und Jugendliche nicht attraktiv. In meiner Zeit im Heimrat und im Landesheimrat Hessen habe ich viele Erwachsene kennengelernt, die Partizipation mit den Worten „Sie wollen sich doch gar nicht beteiligen.“ in Frage gestellt haben. Ich kann in solchen Situationen immer nur wieder sagen: „Partizipation muss sich lohnen.“ und „Partizipation muss gelernt sein.“ Erzieherinnen und Erzieher vergessen oft, dass die Kinder und Jugendlichen zu Hause nicht an Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt wurden. Oft hatte es Konsequenzen, wenn Kinder und Jugendliche ihren Eltern etwas entgegenzusetzen hatten. Wie kann man erwarten, dass sich Kinder und Jugendliche aus Eigeninitiative beteiligen, wenn sie schon früh genug lernen mussten, dass sie sich nichts Gutes tun, wenn sie das Wort ergreifen. Einrichtungen stehen nicht vor der Frage, ob sie Kinder und Jugendliche beteiligen. Denn auf diese Frage hat das Achte Buch Sozialgesetzbuch eine Antwort. Sie müssen sich die Frage stellen, wie sie Kinder und Jugendliche beteiligen, sodass beide Seiten voneinander profitieren.

Astrid Staudinger: Was ist Deine Erfahrung, inwiefern werden Heimräte „gehört“, worauf können sie Einfluss nehmen? Was sind die Themen? Aktuell denke ich gerade an die Online-Petition des

Heimrats Hessen gegen die 75 %-Kostenheranziehung für Jugendliche mit eigenem Arbeitseinkommen ...

Robin: Heimräte werden auf unterschiedliche Art und Weise beteiligt. Von Teilnahme über Mitsprache bis hin zu Mitbestimmung ist alles möglich. Es gibt Heimräte, die nehmen am Sommerfest teil und schenken Getränke aus. Es gibt Heimräte, die sprechen mit, wenn es um die Planung des Sommerfestes geht. Und es gibt Heimräte, die nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden, wie das Sommerfest auszusehen hat. Leider sind Heimräte selten am längeren Hebel. Die Landesheimräte stehen vor noch größeren Herausforderungen. Sie haben es wesentlich schwerer, sich in der Politik mit ihren Forderungen durchzusetzen. Schuld daran sind unterschiedliche Faktoren. Die Tatsache, dass die Landesheimräte ehrenamtlich arbeiten, ist ein Faktor. Ihnen fehlen die Zeit, das Personal und das Geld mit denen sich andere Akteure in der Politik, wie die Landesjugendhilfeausschüsse und die Wohlfahrtsverbände, Gehör verschaffen. Hinzukommt, dass die Erfahrungen der einzelnen Mitglieder nicht als Expertise anerkannt werden. Man kann schon fast meinen, wer einen Dokortitel trägt, hat es leichter, Dinge zu beeinflussen. Wir Careleaver müssen auch oft darauf hinweisen, dass wir nicht nur Erfahrungen mitbringen, sondern auch gut qualifiziert sind und nicht nur praktische Beispiele liefern, sondern uns auch durchaus mit Statistiken auseinandersetzen. Die Heranziehung ist und wird auch noch ein Weilchen uns begleiten. Sie zeigt, dass Jugendliche und junge Erwachsene, die in der Kinder- und Jugendhilfe aufwachsen, im Gegensatz zu ihrer Peer Group benachteiligt sind. Sie müssen von ihrem Gehalt 75 % an das Jugendamt abgeben, um die Kosten ihrer Unterkunft zu begleichen, unabhängig davon, ob sie 16 oder 18 Jahre alt sind und unabhängig davon, ob sie neben der Schule arbeiten oder eine Ausbildung machen. Diese Ungerechtigkeit ist für viele Kinder und Jugendliche Grund genug, nicht neben der Schule zu arbeiten. Meines Erachtens ist das nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass man für nur 90,00 € 80 Stunden im Monat arbeitet und die anderen 270,00 € an das Jugendamt gehen. Unabhängig vom Geld ist es ein falsches Zeichen, das Deutschland setzt. Es kann nicht sein, dass Jugendliche Geld von ihrem Nebenverdienst abtreten müssen und einen Teil ihrer Kosten der Hilfen decken. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Staat sich um seinen Nachwuchs kümmert, wenn es die Eltern nicht können und das ohne Gegenleistung. Es sind nicht die Kinder und Jugendlichen, die verantwortlich sind, dass der Kinder- und Jugendhilfe Kosten entstehen, also dürfen sie nicht herangezogen werden, wenn es um die Frage der Kostendeckung geht. In Zukunft kann ich mir gut vorstellen, dass Partizipation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, Partizipation bei der Personalauswahl und Übergang ins selbstständige Leben Themen für die Landesheimräte sein werden.

Astrid Staudinger: Was würdest Du Careleavern empfehlen, damit der Übergang gut läuft? Was sollten die PädagogInnen beitragen und was die Jugendamts-MitarbeiterInnen?

Robin: Careleaver sollten sich rechtzeitig mit ihren Erzieherinnen und Erziehern zusammensetzen und sich mit ihnen über ihre Zukunftsplanung unterhalten. Fragen wie: „Was wünsche ich mir für die Zukunft?“, „Was möchte ich beruflich machen?“, „Wie wird mein Leben nach der Jugendhilfe aussehen?“ und „Was sind meine Bedenken?“ sollten rechtzeitig thematisiert werden, um zu vermeiden, dass der Übergang eher einer Achterbahnfahrt gleicht. Es ist vollkommen normal, dass man auf diese Frage nicht immer eine Antwort parat hat, aber sich mit den Erzieherinnen und Erziehern über diese Themen zu unterhalten, kann weiterhelfen.

Natürlich sollten sich nicht nur Careleaver, sondern auch Erzieherinnen und Erzieher auf diese Situation vorbereiten. Erzieherinnen und Erzieher müssen ihre Jugendlichen auf dem Weg zur Selbstständigkeit begleiten. Das gilt auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt. Es kann nicht sein, dass in einem Hilfeplangespräch plötzlich entschieden wird, dass eine Jugendhilfemaßnahme in drei Monaten endet und der junge Erwachsene mehr oder weniger auf sich alleine gestellt ist. Sollten sich Einrichtungen und Behörden nicht einigen können, kann ich empfehlen, die Dienste der Ombudsstellen für Kinder- und Jugendrechte in Anspruch zu nehmen. Die Kontakte finden sich auf der Seite des Vereins zur Förderung des Bundesnetzwerks „Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe“ e.V. (<http://www.ombudschaft-jugendhilfe.de/ombudstellen-nach-bundeslaendern/ueber-uns/>)

Astrid Staudinger: Wir wissen aus den Careleaver-Netzwerken, dass es recht oft vorkommt, dass Careleaver SozialpädagogInnen werden. Manche arbeiten sogar in ihrer ehemaligen Einrichtung. Falls die Frage nicht zu persönlich ist: Hat Deine Berufswahl auch damit zu tun, dass Du in der Jugendhilfe so viele PädagogInnen erlebt hast, bzw. wie hast Du sie erlebt?

Robin: Ich glaube schon, dass die Menschen, meistens sind es die Eltern, in unserem Fall Erzieherinnen und Erzieher, direkt oder indirekt Einfluss auf unsere Berufswahl haben. Careleaver zu sein, kann in unserem Beruf von Vorteil sein, aber es ist wichtig, Privates von Beruflichem trennen zu können. Unsere Arbeit darf uns nicht das Gefühl geben, in die eigene Vergangenheit katapultiert zu werden. Wir müssen auch Fehler und Misserfolge auf der Arbeit hinnehmen können, ohne das Gefühl zu bekommen, versagt zu haben. Ich konnte mir anfangs nicht vorstellen in einer Einrichtung zu arbeiten. Ich wollte immer Lehrer werden. Das hat sich erst in der Oberstufe geändert. Der Beruf als Lehrer erschien mir plötzlich nicht abwechslungsreich genug, also bin ich auf Soziale Arbeit umgestiegen. Ich kann mir gut vorstellen, noch ein paar Jahre in einer Einrichtung zu arbeiten, aber früher oder später möchte ich etwas Sozialpolitisches machen, vielleicht als Referent in einem Ministerium arbeiten.

Astrid Staudinger: Haben Deine Erfahrungen mit PädagogInnen einen Einfluss darauf, welche Art von Pädagoge Du bald sein willst?

Robin: Ich glaube, dass alle Menschen in unserem näheren Umfeld unser Verhalten beeinflussen. Auch meine Erzieherinnen und Erzieher haben mich mit Sicherheit beeinflusst. Das merke ich zum Beispiel, wenn es um Haushaltsdienste geht. In meiner Wohngruppe gab es einen Plan, der vorschrieb, wer was am Wochenende saubermachen musste. Ich finde diesen Plan gut. Kolleginnen und Kollegen von mir halten nicht viel von solch einem Haushaltsplan. In diesen Situationen merke ich, dass mein damaliges Leben und die Entscheidungen unserer Erzieherinnen und Erzieher mich prägten, aber natürlich gibt es noch andere Menschen, die mich in meinem Verhalten beeinflussen. Zum Schluss bin aber ich derjenige, der sich für oder gegen etwas bekennt.

Astrid Staudinger
Careleaver-Kompetenznetz
Familien für Kinder gGmbH
Stresemannstr. 78 · 10963 Berlin
Tel: 030 / 21 00 21-29 – Fax: 030 / 21 00 21-24
www.careleaver-kompetenznetz.de